„Die AfD voraussetzungslos“

ist natürlich nicht

Nach 1945 wähnten viele in West- und Ostdeutschland den Nationalsozialismus überwunden. Doch sie irrten. Die radikale Rechte und die Auseinandersetzung mit ihr prägen dieses Land bis heute. Wo sehen Politik- und Geschichtswissenschaft Kontinuitäten rechtsradikaler Ideologie seit 1945, welche neuen Entwicklungen gibt es? **Gideon Botsch, Franka Maubach** und **Andreas Wirsching** im Gespräch mit **Martina Steber** und **Martin Langebach**.

Foto: picture alliance / Jochen Tack

Demonstration von Neonazis in Essen, März 2025

MARTINA STEBER: Als vor 80 Jahren das NS-Regime durch die Alliierten bezwungen worden war, gehörte das „Nie wieder" zu den Grundsätzen all jener, die sich an den Aufbau eines neuen, anderen Deutschland machten. Radikal rechte Ideologie sollte keinen Platz haben, das galt für die Bundesrepublik ebenso wie für die DDR. Heute sind wir jedoch mit einer radikalen Rechten konfrontiert, die an den Wahlurnen Erfolge feiert, in den sozialen Medien großen Zuspruch erhält und in manchen Gemeinden zum sozialen Alltag gehört. Wie kann man das erklären? Der Blick in die Geschichte soll helfen, die aktuellen Entwicklungen besser einordnen zu können.

MARTIN LANGEBACH: Wie lässt sich die radikale Rechte seit 1945 charakterisieren, gibt es Unterschiede zwischen DDR und BRD?

GIDEON BOTSCH: In der ostdeutschen Diktatur gab es keine organisierte extreme Rechte wie in der Bundesrepublik. Organisierungsansätze aus einer subkulturellen Szenerie heraus ergaben sich erst in den 1980er Jahren. Frühere Versuche, an radikal nationalistische Strömungen anzuknüpfen, wurden verfolgt. In der Bundesrepublik war das anders. Hier sehen wir frühzeitig eine Neuformierung nationalistischer Kräfte, und ein Teil dieser Kräfte bleibt in einem grundsätzlichen Widerspruch zur neuen demokratischen Ordnung. Daraus entwickelt sich eine Randkultur, die relativ stabil ist und im kulturellen Bereich viele Berührungspunkte zum bürgerlichen Milieu aufweist. Politisch gelingt es ihr aber nicht, aus dieser Randposition herauszutreten, etwa in Form der NPD, die 1969 an den Wahlurnen scheitert. Die interessante Frage ist, wie es dieser politischen Kultur gelang, sich ab den 1990er Jahren als gesamtdeutsches Phänomen neu zu formieren.

FRANKA MAUBACH: Mit Blick auf den Organisationsgrad gab es in Ost und West zunächst Unterschiede. Eine Kontinuität, die jedoch in ganz Deutschland fortdauert, ist der Antisemitismus, etwa in Form von Friedhofsschändungen oder Hakenkreuz-„Schmierereien", die – anders als der Begriff suggeriert – ernst genommen werden müssen.

ANDREAS WIRSCHING: In welcher Form in der DDR latente rechtsradikale Tendenzen unterhalb des offiziell verordneten Antifaschismus existierten, ist Gegenstand der Forschung. Fortbestehender Rassismus und Antisemitismus äußerten sich in den 1950er Jahren während der stalinistischen und poststalinistischen Prozesse, etwa des Slánský-Prozesses. Es gab Ausländerfeindschaft gegenüber Vertragsarbeiterinnen und -arbeitern in der DDR und einen starken Antipolonismus. Im Westen zeigt die Einstellungsforschung über die Jahrzehnte einen relativ konstanten Anteil von etwa 20 Prozent Menschen, die sehr weit rechts, rechtsradikal, teilweise antisemitisch eingestellt sind. Die Frage ist: Wann werden diese Einstellungen organisatorisch und politisch so wirksam, wie wir es gegenwärtig erleben? Hier ist wahrscheinlich 1969 ein ganz entscheidendes Datum. Die NPD scheitert bei den Bundestagswahlen an der Fünfprozenthürde und spaltet sich in gewisser Weise auf, in einen Teil, der zur Gewalt greift, und einen Teil, den wir als sogenannte Neue Rechte bezeichnen. Diese versucht, politisch die Grenzen dessen, was im Sinne einer konservativen Revolution gemeint ist, in die bürgerliche Mitte zu verschieben. Hinzu kommt, dass die 1970er Jahre von einer starken innenpolitischen Polarisierung geprägt sind – Stichwort Ostverträge, Sozialpolitik, Demokratisierung. Parallel vollzieht sich eine Neuformierung des Konservatismus, zurück bleibt eine große Enttäuschung unter einigen Konservativen. Ich denke, hier entsteht ein Beifang der Neuen Rechten, der während der 1980er Jahre – Stichwort Republikaner – und ab 1990 wieder aktuell wird.

MARTINA STEBER: Was sind genau die Grundfesten des rechtsradikalen Denkens in Deutschland?

GIDEON BOTSCH: Der Kern ist ein radikaler Nationalismus, der aus dem Kaiserreich und der Weimarer Republik kommt, über den Nationalsozialismus hinaus weiterwirkt und ethnische, völkische und rassistische Grundelemente hat. Hier gibt es drei zentrale Themen: Der Nationalstaat ist erstens unvollkommen, und zwar, weil er Menschen einschließt, die dem deutschen Volk nicht angehören sollen. Traditionellerweise geht es um die Juden in Deutschland. Dieser Antisemitismus verschwindet auch nicht, aber mit der zunehmenden Migration nach Deutschland kommt eine rassistische Ablehnung von Zuwanderern hinzu. Beide Themen sind sehr eng gekoppelt. Der zweite Punkt kommt ebenfalls aus dem Kaiserreich: Dieses Deutschland ist kleiner als der deutsche Siedlungsboden, es gibt also deutsche Territorien außerhalb dieses Gebiets. Und der dritte Punkt ist, dass man mit der inneren Ordnung dieses Deutschlands nicht zufrieden ist. Man will Parlamentarisierung und Demokratisierung rückgängig machen – interessanterweise geht auch diese Position schon auf das Kaiserreich zurück. Der angestrebte autoritäre Staat wird häufig als wahre oder deutsche Demokratie bezeichnet.

„Eine Kontinuität, die in ganz Deutschland fortdauert, ist der Antisemitismus."

FRANKA MAUBACH

FRANKA MAUBACH: Der Nationalismus ist ein Fundament, das alle Gruppierungen im rechtsradikalen Spektrum prägt, von der subkulturellen bis zur intellektuellen Rechten. Denken wir nur an den Slogan „Deutschland den Deutschen". Ideologische Elemente, die in verschiedenen Konjunkturphasen besonders stark sind, spielen eine Rolle, etwa der Antisemitismus. Eine solche Phase ist 1959/60, als überall Hakenkreuze an den Wänden auftauchen, aber auch Anfang der 1990er Jahre. Rassismus kommt als Mobilisierungsressource der radikalen Rechten um 1980 hinzu. Anfang der 1990er Jahre entwickelt sich ein sehr starker Antiziganismus gegenüber den aus Ländern Osteuropas geflüchteten Roma-Gruppen.

ANDREAS WIRSCHING: Die Raumfrage, die die Grenzen dieses deutschen Volkes definiert, kommt aus dem 19. Jahrhundert. Es ist die Frage: Welche Bevölkerung ist das, und welche Feinde hat sie? In Deutschland setzt sich ganz massiv ein biologischer oder ethnischer Begriff von Volk durch. Und davon ausgehend: Wer sind die Feinde? Sie kommen entweder von innen, als Verräter, oder sie kommen von außen. Das können Juden sein, aber auch Migranten. Gerade die Neue Rechte, die nicht an den Nationalsozialismus direkt anknüpfen kann, weil dieser zu stark diskreditiert ist, knüpft sehr stark an diese ethnozentrischen, biologischen Volksbegriffe an. Man kann sich fragen, ob dieser Radikalnationalismus eine spezifisch deutsche Konstante ist. Vor allem auch deswegen, weil es eine Schwester dazu gibt: die Selbstviktimisierung. In Deutschland ist die Vorstellung tief verwurzelt, die Deutschen seien immer Opfer der Geschichte gewesen.

MARTIN LANGEBACH: Mit welchen weiteren Themen versucht die radikale Rechte, Politik zu machen?

FRANKA MAUBACH: Den Antikommunismus kann man als Mobilisierungsressource der radikalen Rechten gerade im Kalten Krieg ergänzen, bis hin zum Widerstand gegen die neue Ostpolitik von Brandt/Scheel.

GIDEON BOTSCH: Wenn wir politikwissenschaftlich an die Frage herangehen, sehen wir Konzepte und Praktiken radikaler Ungleichheit. Das ist einmal die Frage der politischen Ordnung, also eine antidemokratische, autoritäre Ausrichtung. Dann die Vorstellung der Ungleichwertigkeit der Menschen nach Herkunft, ferner sexistische Ordnungsvorstellungen und Vorstellungen natürlicher sozialer Ungleichheit. Sie sind verbunden mit der Konstruktion von Feindbildern. Aber diese Feindbilder sind variabel: Heute sehen wir hier die Grünen als Feindbild. Dabei geht es nicht um einen rationalen Diskurs über Umwelt- und Klimapolitik. Das ist eine gezielte Feindbildkonstruktion.

Völlig verwüstete Wohnung in der Hamburger Halskestraße nach dem Anschlag der Deutschen Aktionsgruppen, 22. August 1980. Zwei junge Vietnamesen kamen ums Leben.

Foto: picture alliance/dpa, DB Heidtmann

Jean-Marie Le Pen (M.) und Franz Schönhuber (re.) bei einem Treffen der Europafraktion von Front National und Die Republikaner in Bad Reichenhall, 5. Oktober 1989.

MARTINA STEBER: Wir erleben gerade, dass in Teilen Deutschlands eine Partei, die dort als gesichert rechtsextrem gilt, einen Zuspruch von mehr als 30 Prozent an den Wahlurnen erhält. Wie lässt sich der Erfolg der AfD einordnen?

ANDREAS WIRSCHING: Die AfD ist natürlich nicht voraussetzungslos. Und die spannende Frage ist: Warum passiert das jetzt? Das ist für die Bundesrepublik eine völlig neue Herausforderung. Ich denke, dass solche Positionen dann gedeihen, wenn es eine historische Phase von Statusunsicherheit gibt. Das können kulturelle Statusunsicherheiten sein, indem traditionelle Gewissheiten verloren gehen, aber auch ökonomische Statusverluste oder -ängste. Hier kommen wir wieder zur Opfer-Thematik zurück. Große Aufwallungen eines radikalen oder völkischen Nationalismus sehen wir im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, dann in der Weimarer Republik und nun seit dem Ende des 20. Jahrhunderts. Es gibt abstrakte Kräfte, die bedrohlich wirken und in ihren konkreten Folgen spürbar sind. Wir leben in einer solchen Zeit, einer Zeit der forcierten Internationalisierung, wir beobachten Migrationsströme. Wir leben in einer „flüchtigen Moderne", wie Zygmunt Bauman es genannt hat. Hinzu kommt ein Empfinden der Ungleichheit, die Frage: Wer profitiert von diesem Wandel? Schnell kommen die Feindbilder einer polyglotten Elite wieder auf. Die AfD-Rhetorik schlägt in diese Kerbe, und das ist in Ostdeutschland noch wirkungsvoller als im Westen. Aber im Grunde ist das ein gesamteuropäisches, vielleicht sogar globales Phänomen, wenn man etwa an die USA denkt.

MARTIN LANGEBACH: Lässt sich das Aufkommen des Rechtsextremismus nach 1990 gerade in Ostdeutschland auch mit Statusunsicherheit erklären?

FRANKA MAUBACH: Es ist eine interessante Frage, ob sich radikal rechte Einstellungen in Krisenzeiten Bahn brechen. Allerdings darf man die Krise nicht zur Ursache machen. Man muss immer betonen: Es gibt Kontinuitäten. Der Antisemitismus ist latent in der Gesellschaft. Aber wann und warum bricht er hervor? Ich glaube schon, dass wir weiterkommen, wenn wir uns die ostdeutsche Gesellschaft seit der späten DDR als eine krisenhafte vorstellen, insbesondere ökonomisch. Und in dieser Zeit brechen starke rassistische Ressentiments gegenüber den Vertragsarbeitern aus verschiedenen Staaten wie Algerien, Vietnam, Mosambik hervor. In Erfurt wurden 1975 algerische Vertragsarbeiter durch die Straßen gejagt. Ähnliche Ereignisse sehen wir verstärkt nach der Vereinigung.

ANDREAS WIRSCHING: Die Geschichte Ostdeutschlands nach 1989 lässt sich einschreiben in ein größeres Narrativ der Entindustrialisierung. Wenn man rechtsradikale Wahlergebnisse

Foto: picture alliance/Wolfgang Maria Weber

und eine Landkarte der Entindustrialisierung vom amerikanischen Rust Belt über Nordfrankreich und Nordengland bis über das Ruhrgebiet und Ostdeutschland übereinanderlegt, dann gibt es sehr starke Korrelationen. Auch das ist ein Opfernarrativ, das zudem intergenerationell tradiert wird.

MARTINA STEBER: Wenn wir uns die heftige rassistische Gewalt der Vereinigungsgesellschaft ansehen, ist das sowohl ein ostdeutsches als auch ein westdeutsches Phänomen. Wie kann man diese Gewalt aus dem Innenleben der deutsch-deutsch verflochtenen extremen Rechten betrachten?

GIDEON BOTSCH: Wenn wir mit dem Mikroskop in die entindustrialisierten Regionen gehen, etwa in Rostock-Lichtenhagen oder Cottbus, dann können wir dort schon lange Antisemitismus und Rassismus festmachen, seit Mitte der 1980er Jahre auch sehr deutlich rechtsextreme Tendenzen in der Jugendsubkultur. Aber trotzdem passiert nach dem 9. November 1989 etwas Neues: Die spezifisch ostdeutsche Jugendsubkultur trifft auf Bewegungen aus dem Westen. Im Falle von Cottbus ist das die Partei „Deutsche Alternative", im Westen gegründet, im Osten erfolgreich. Da gibt es etwa eine Szene, bei der eine angefragte Skinheadband zu einer Parteiveranstaltung nicht erscheint, und plötzlich stehen diese ostdeutschen jungen Männer auf der Bühne, eher zufällig, weil die Band nicht kommt. Sie spielen ihre Lieder. Und was singen diese Männer zwischen 17 und 21? Sie singen „Wir sind jung, stark und stolz". Das bringt zum Ausdruck, was sie der Generation der Eltern vorwerfen – sie sind alt, schwach, gerade im Vereinigungsprozess. Sie haben ihren Stolz aufgegeben für Bananen und Begrüßungsgeld. Die jungen Leute von damals sind heute die mittelalten Wählerinnen und Wähler der AfD in Ostdeutschland.

FRANKA MAUBACH: Das ist ein wichtiger Punkt. Wir müssen uns lösen von der Rede vom „braunen Osten". Man kann die Spezifik der ostdeutschen Situation nur verstehen, wenn man in der ost-westdeutschen Verflechtung denkt.

MARTINA STEBER: Die Geschichte der Bundesrepublik ist durchzogen von rechtsradikaler Gewalt, die lange ausgeblendet oder verharmlost wurde. Welche Phasen lassen sich ausmachen?

FRANKA MAUBACH: Es gibt Konjunkturphasen dieser Gewalt, etwa um 1980 – ein Jahr, das selbst häufig als Gewaltjahr bezeichnet wird, mit dem Oktoberfestattentat, einem Attentat in Erlangen im Kontext der Wehrsportgruppe Hoffmann, dem Anschlag der Deutschen Aktionsgruppen in der Hamburger Halskestraße und vielen weiteren Gewalttaten. Diese Terrorgruppe verübte übrigens auch Anschläge auf Orte der Aufklärung über Nationalsozialismus und Holocaust. Die damaligen Angriffe auf die Heime von Asylsuchenden sind uns schrecklich bekannt, wenn wir an die späteren Jahrzehnte denken. Die Zeit Anfang der 1990er Jahre ist eine zweite Konjunkturphase der Gewalt.

ANDREAS WIRSCHING: In der gegenwärtigen Debatte um die AfD wird häufig unterschieden zwischen dem, was Sie gerade beschrieben haben, also der nackten Gewalt einerseits und der Intellektualisierung dessen, was wir die Neue Rechte nennen. Ich bin aber der festen Überzeugung, dass man beides zusammendenken muss. Die Erweiterung der potentiellen Handlungsspielräume durch Rhetorik ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass Menschen Gewalttaten begehen. Das lässt sich in der Geschichte nachweisen. Nehmen Sie Hitler – über seine Skurrilität ist schon zeitgenössisch sehr viel publiziert. Foucault hat von der Diktatur der Groteske gesprochen, ein Begriff, der heute zum Beispiel auch auf Trump angewandt wird. Dafür kann man sehr gute Beispiele finden. Aber die Groteske ist nur die eine Seite. Was dahintersteht, ist: Denkt die Gewalt immer mit.

> „Diese Feindbilder sind variabel: Heute sehen wir hier die Grünen als Feindbild."
>
> GIDEON BOTSCH

Prof. Dr. Gideon Botsch
leitet die Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus am Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam und lehrt an der Universität Potsdam.

PD Dr. Franka Maubach
lehrt Allgemeine Geschichte unter Berücksichtigung der Zeitgeschichte an der Universität Bielefeld.

Prof. Dr. Andreas Wirsching
ist Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin, lehrt Neueste Geschichte an der LMU München und ist Mitglied der BAdW.

Es moderierten **Prof. Dr. Martina Steber** (Institut für Zeitgeschichte München – Berlin/Universität Augsburg) und **Dr. Martin Langebach** (Bundeszentrale für politische Bildung). Das hier in Auszügen abgedruckte Gespräch der Kooperationsveranstaltung „Fackelzüge – Springerstiefel – TikTok-Channel. Deutschlands radikale Rechte von 1945 bis 2025" finden Sie in vollständiger Länge unter badw.de/mediathek in der BAdW-Mediathek.